

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Hasemauer 8, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Abschließende Beratung: Finanzierung des Landesanteils an den Kosten der „Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU)“ für das Handwerk, die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft in Niedersachsen dauerhaft sicherstellen

Rede vom 27. Oktober 2016, 109. Sitzung, Tagesordnungspunkt 26
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der CDU können Sie in der Drucksache [17/5829](#) nachlesen.
Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr finden Sie in der Drucksache [17/6652](#).

Weitere Redner waren:

Karl-Heinz Bley (CDU), Maaret Westphely (GRÜNE), Holger Heymann (SPD) und Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Vielen Dank. - Jetzt hat sich Gabriela König, FDP-Fraktion, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich noch einmal anschaut, wie das in anderen Bundesländern in Deutschland ist, merkt man, dass es da doch Unterschiede gibt. Ich lese z. B. einmal etwas von der Handwerkskammer in Münster vor:

„Permanente technische Innovationen sowie die rasante Weiterentwicklung der Computertechnologie führen zu einer Flut neuer Informationen, die den Lernstoff für Auszubildende immer umfangreicher und komplexer werden lassen. Aufgrund der zunehmenden Spezialisierung können jedoch insbesondere kleine und mittelständische Handwerksbetriebe nicht immer alle die dem Berufsbild entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln.“

So geht das eine ganze Weile weiter. Man liest da vieles über die ÜLU-Sachen, die ausgesprochen wichtig sind. So lautet die genaue Information über das Weiterbildungsprojekt - nachzulesen bei den Kammern - allgemein.

Auch in Dresden ist das anders gehandhabt worden. Man muss sich einfach einmal anschauen, wie andere Bundesländer das tun. Und warum überzieht gerade unser Land die Organisation immer mehr mit bürokratischen Hemmnissen? - Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen. Prüfungen der Verwendung von Fördermitteln werden so hoch aufgehängt, dass sie sich kaum noch lohnen, sodass beispielsweise die Handwerkskammern usw. die Mittel gar nicht mehr einfordern können. Es müssen

Gabriela König MdL, Abschließende Beratung: Finanzierung des Landesanteils an den Kosten der „Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU)“ für das Handwerk, die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft in Niedersachsen dauerhaft sicherstellen, Rede vom 27. Oktober 2016, 109. Sitzung, Tagesordnungspunkt 26, Abschließende Beratung

schon in 95 % der Fälle Nachweise geführt werden; anderenfalls bekommt man gar keine Förderung mehr. Das ist ein Problem, das wir aufnehmen mussten.

Ich verstehe nicht, wie das rot-grüne Misstrauen gegenüber einer möglicherweise falsch eingesetzten Förderung dieser Projekte so groß sein kann. Denn im Umkehrschluss ist es meines Erachtens sehr bedenklich, wenn personengebundene Daten in Fragebögen eingetragen werden müssen. Deshalb muss man sich nicht wundern, wenn dort eine Verweigerungshaltung besteht.

Die Verweigerungshaltung führt letztendlich dazu, dass die Bögen nicht abgegeben werden und dass dementsprechend weniger gefördert wird, weil die Rücklaufquote von 95 % nicht mehr erreicht wird, und somit auch keine Unterstützung seitens der EU mehr fließt. Im Umkehrschluss heißt das dann, dass die Handwerkskammern dann, wenn sie so etwas anbieten wollen, höhere Gebühren nehmen müssen, die dann die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu zahlen haben, die sie aber oftmals nicht zahlen können - und das in einem Umschwung Industrie 4.0, bei dem wir unglaublich viel an Fort- und Weiterbildung deklarieren und aufnehmen müssen!

Ich glaube, dass darin ein großes Problem liegt, das wir zwingend angehen müssen, damit wir diese Fördermaßnahme nicht verlieren und letztendlich sozusagen abgehängt werden, weil viele kleine und mittelständische Unternehmen an diesem Projekt nicht mehr teilnehmen können. Wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden, weil dadurch andere Bundesländer, die es besser machen, einen Vorteil erlangen würden und natürlich besser dastünden als Niedersachsen. Das kann und darf nicht in unserem Sinne sein. Deswegen müssen wir handeln.

Herr Bley hat zu Recht gesagt, dass wir hier noch Handlungsbedarf sehen. Dieser resultiert allein schon aus der Datenerhebung, die meiner Ansicht nach nicht schlüssig ist. Ich kann gut verstehen, dass der eine oder andere junge Azubi sich nicht darauf einlässt, sondern einfach sagt: Das ist mir zu viel! Ich gebe nicht so viel von meinen persönlichen Daten frei! - Dementsprechend muss man da handeln.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/5829 ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden.